

ist. Durch die demokratische Bodenreform, durch die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher, durch die Schaffung neuer demokratischer Verwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone — Maßnahmen, die vor der Verfassungsgebung begonnen wurden — wurde zum ersten Male in der deutschen Geschichte in allen grundsätzlichen Fragen in der sowjetischen Besatzungszone eine volle Übereinstimmung von wirklicher und geschriebener Verfassung erreicht.

In den Ländern der westlichen Besatzungs-Zonen, wo die Wirtschaft und die Verwaltung noch von den alten Kräften beherrscht werden, wo die Konzerne und die Gmberherren noch ihre Macht erhalten haben, versuchte und versucht die alte Mmdsterialbürokratie jetzt Verfassungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zustande zu bringen. Die Verfassungen, die man dort zu schaffen versucht, haben das Ziel, den Föderalismus zu fördern und verfolgen separatistische Tendenzen; sie würden unser Deutschland weit hinter Weimar zurückwerfen. Aber selbst dort, wo in diesen Verfassungen fortschrittliche Gedanken und Bedingungen enthalten sind, beginnt jetzt erst der Kampf um die verfassungsmäßig einigeräumten Rechte des Volkes. Dieser Kampf muß gegen die reaktionäre Bürokratie geführt werden,

Genossinnen und Genossen! Gerade in den Fragen der Verfassung zeigt sich selbst in der Führung der Sozialdemokratischen Partei ein völliges Durcheinander. Dr. Walter Menzel, seines Zeichens sozialdemokratischer Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, schreib! in seinen Verfassungsrichtlinien folgendes: „Es liegt kein Grund vor, Deutschland auf längst überlebte Zustände zurückzubringen.“ — Sehr gut gesagt! Aber in denselben Richtlinien wärmt er den alten Bundesstaat Bismarckscher Prägung auf und propagiert den alten Staatsgerichtshof. Dr. Walter Menzel ist der Schwiegersohn des ehemaligen preußischen Innenministers Severing; er könnte sich doch bei seinem Schwiegervater erkundigen, welche Erfahrungen dieser und die preußische Regierung im Jahre 1932 mit dem Staatsgerichtshof gemacht haben. (Beifall.) Wir sind der Meinung, es ist höchste Zeit, daß die Söhne aus den trüben Erfahrungen und Fehlern ihrer Väter lernen. (Erneuter Beifall.)

Aber diese Richtlinien Dr. Menzels sind den rechten Führern der Sozialdemokratischen Partei schon zu weitgehend. Auf dein Parteitag der SPD in Nürnberg in diesem Jahre polemisierten der Ministerpräsident Lüdemann und Bürgermeister Andreas Gayk aus Schleswig-Holstern gegen die Richtlinien des Dr. Menzel. Sie schlugen vor, an Stelle des Verhältniswahlsystems, für das die Arbeiterbewegung seit 80 Jahren kämpft, das englische Wahlsystem nach den Wünschen.